

1 **ANTRAG**

2 **Finanzreform der Pflegeversicherung /**  
3 **Bürgerversicherung für die Pflege**

4 Antragsteller: *Fachausschuss „Alt werden in Zukunft“*

5 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

6 Die Landeskonzferenz fordert eine Finanzreform der Pflegeversicherung/Bürgerversicherung  
7 für die Pflege

8  
9 Begründung:

10  
11 Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung dürfen begrenzt werden, sondern die Eigenanteile  
12 der Pflegebedürftigen. Mit Unterkunft und Verpflegung fallen derzeit für Heimbewohner\*innen  
13 bundesweit im Schnitt rund 1800 Euro monatlich an, wobei es starke regionale Unterschiede  
14 gibt. Diese Erfahrungen zeigen, die Pflegekosten für Bewohner\*innen von Pflegeheimen  
15 müssen neu aufgeteilt werden. Aus Sicht des Fachausschusses ist die Begrenzung der Eigen-  
16 anteile dringend notwendig damit für Betroffene das Risiko der Pflegebedürftigkeit in seinem  
17 finanziellen Ausmaß kalkulierbar wird. Pflege darf nicht zur weiteren Altersarmut führen.  
18 Eine Bertelsmann Studie zeigt, dass der Beitragssatz zur Pflegeversicherung von heute 3,05  
19 % bis zum Jahr 2045 auf 4,25 Prozent zu steigen droht. Die gesetzliche Pflegeversiche-  
20 rung wird heute (2019) nur aus Beiträgen finanziert. Die demographische Entwicklung zeigt  
21 der Beitragssatz von 3,05 % wird nach neusten Prognosen nur bis ins Jahr 2022 reichen.  
22 Deshalb sind die steigenden Kosten in der Pflege auf Dauer nur finanzierbar, wenn auch  
23 Beamte und Privatversicherte in Zukunft Beiträge in die gesetzliche Pflege einzahlen und  
24 deshalb brauchen wir eine Bürgerversicherung in der Pflege. Gleichzeitig muss die Frage  
25 beantwortet werden, in wie weit die gesetzliche Pflegeversicherung auch zukünftig eine Teil-  
26 kaskoversicherung sein kann. In diesem Zusammenhang muss auch über eine Steigerung  
27 der Pflegeversicherungsbeiträge nachgedacht werden. Des Weiteren muss das Vermögen der  
28 Leistungsbezieher\*innen geschützt werden. Es darf nicht sein dass Menschen ihr Lebenswerk  
29 verlieren weil sie pflegebedürftig werden. Dabei unterstreichen wir die bereits aufgestellten  
30 Forderungen der AWO mit folgenden Maßnahmen:

- 31 • Dynamisierung orientiert an der allgemeinen Preissteigerung sowie insbesondere an der
- 32 Entwicklung der Lohnkosten
- 33 • Nachholen der seit Einführung der Pflegeversicherung ausgebliebenen Anpassung der
- 34 Versicherungsleistungen
- 35 • Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege in Heimen durch die Krankenversi-
- 36 cherung
- 37 • Umbau der Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung
- 38 • Das Vermögen der Leistungsbezieher muss geschützt werden
- 39 • Auflösung des Pflegevorsorgefonds
- 40 • Beitragserhöhungen zur Pflegeversicherung
- 41 • Erhöhung der Einnahmen durch Verbeitragung aller Einkommensarten
- 42 • Zusammenführung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung